

Was die EU braucht? Mehr Zutrauen in Menschen und Marktwirtschaft

GASTKOMMENTAR ASTRID HAMKER UND MARKUS PIEPER



Sanierungszwang für Gebäude statt steuerliche Anreize, Wasserstoff nur grün aus Wind und Sonne, „All Electric“ vor Technologieoffenheit: Die Europäische Union würgt Innovationen ab und steckt die Wirtschaft in eine Zwangsjacke.

Zunächst ein Werbeblock, der sein muss: Die Europäische Union (EU) ist eine Erfolgsgeschichte. Offene Grenzen, gemeinsame Währung und technische Normen: Für Industrie und Mittelstand ist die EU das Tor zu Exporterfolgen. Für Verbraucher und Start-ups sind die EU-Vorgaben für Wettbewerb bei Post, Bahn, Energie, Telekommunikation oder Entsorgung Garant für Markttransparenz und Brutstätte neuer Geschäftsideen. Durch Beihilfekontrollen und Maastrichtkriterien erlaubt die EU weder Wettbewerbsverzerrungen noch Überschuldung zulasten anderer.

Mit Zutrauen in die soziale Marktwirtschaft, den Konzepten der EU-Präsidenten Paul-Henri Spaaks und Sicco Mansholt, mutigen Integrationsschritten von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrands gestalten die Europäer nach dem Krieg den größten Binnenmarkt der Welt. Die EU als Garant für Wohlstandsgewinne in Frieden und Freiheit – auch in Krisenzeiten. In der Finanzkrise waren es Euro und Rettungsschirme für südliche Mitgliedsländer gegen Auflagen, die die EU stabil hielten. In der Coronakrise kam es nicht zum Erliegen der Geschäftsverkehre mit Massenentlassungen, weil die EU die Grenzen offenhielt.

Allerdings begann mit Corona die Zeit der Tabubrüche: mit der Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien. Die gemeinsame Schuldenaufnahme von gut 800 Milliarden Euro entlastet die EU Länder aus ihrer Haftung für fehlgeleitete Staatsausgaben. So versickern die Milliarden in nationalen Haushalten ohne echte Kontrolle und ohne grenzüberschreitende Projekte, die den Binnenmarkt stärken.

Die Pandemie war für die Europäische Zentralbank (EZB) auch die Legitimation, die unterschiedlichen Zinshöhen für Staatsanleihen mit dem Transmission Protection Instrument ausgleichen zu können. Dabei sind steigende Zinsen immer auch eine marktwirt-

schaftliche Reaktion der Finanzmärkte auf einen Reformstau in den betreffenden Euro-Ländern. Zulasten der Länder mit soliden Staatsfinanzen.

Das Zutrauen in die Marktwirtschaft verlässt die EU auch bei ihrem größten Projekt, dem Green Deal. Dabei gibt der EU-Emissionshandel (EU-ETS) für die Industrie wie auch die Sektoren Gebäude und Verkehr einen ordnungspolitisch sinnvollen Rahmen. Sukzessive werden CO₂-Zertifikate reduziert, über steigende Preise für fossile Energien regelt den Rest der Markt. Theoretisch. Denn Brüssel steckt nicht nur das CO₂-Ziel fest. Verordnungen schreiben zusätzlich genau vor, was wann mit welcher Technologie zu tun ist. Verbrennerverbot für Autos statt Verbrennereffizienz. Sanierungszwang für Gebäude statt steuerliche Anreize für Hauseigentümer. Wasserstoff nur grün aus Wind und Sonne – knapp und teuer anstatt CO₂-frei und kostenverträglich auch aus Erdgas und Kernkraft. „All Electric“ vor Technologieoffenheit. So würgt man Marktwirtschaft und Innovationen ab.

Den Dreiklang der Überregulierung vervollständigt die Taxonomie, Richtlinien für Banken und Versicherungen, welche Investitionen Kredite verdienen – und welche nicht. Seitdem geht von der EZB und vielen Banken ein Sendungsbewusstsein aus, wo Unternehmen zu investieren haben. EU-ETS, Umweltauflagen und Taxonomie, das sind Gürtel und Hosenträger zugleich, die unsere Wirtschaft in eine Zwangsjacke stecken. Warum reicht Brüssel nicht der ETS und das verbindliche Einsparziel für die EU-Länder?

Kein Zutrauen in die Marktwirtschaft, in Unternehmen und Hauseigentümer. Hineinregieren in die Angelegenheiten der Mitgliedstaaten. Das gilt auch für die europäische Sozialregulierung. Mit kuriosen Mehrheiten stimmen Rat und Parlament einer Formel für Mindestlöhne in Europa zu, klassische Aufgabe nationaler Tarifpartner.

Mehrheitsfähig ist im Parlament leider auch, dass Betriebsräte in Entscheidungen des Managements hineinregieren dürfen, selbst EU-Kommissare sprechen hier von der Schwächung des Wirtschaftsstandortes. Und als ob gleiche Bezahlung von Frauen und Männern nicht längst in Deutschland geregelt ist, müssen auch kleine Firmen diese nun dokumentieren.

Verschuldung und Überregulierung sind Ergebnis einer europäischen Politik, die Menschen und Wirtschaft nichts mehr zutraut. Dabei war die EU stets ein Bollwerk gegen Staatsgläubigkeit und für Marktwirtschaft. Das kann sie nur wieder werden, wenn sie sich zurücknimmt und Menschen wie Unternehmen abholt. Große Hoffnungen liegen auf dem von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigten zweiten Entlastungspaket für den Mittelstand. Die Politik muss sich dann auf Gesetzgebung konzentrieren, die aus der Krise führt, private Investitionen stimuliert. Das sind neue Handelsverträge, die Europa unabhängiger machen. Eine Außenpolitik, die stärker die eigenen Interessen wahrnimmt. Das ist Taxonomie ohne ideologischen Ballast. Das sind eine technologieoffene Energiewende, auch mit buntem Wasserstoff, und neue Optionen für Fusion-Kernkraft und Geothermie. Aber das ist auch die Abkehr von der Verschuldung in der EU und von Steuererleichterungen und Superabschreibungen für diese Zukunftsinvestitionen auf nationaler Ebene. Ein europäischer Superstaat steht sich da nur im Weg. ■

ASTRID HAMKER

ist Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU.

MARKUS PIEPER

ist für die CDU Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe).